5. Nein zur überflüssigen Verbots-Initiative

Die Volksinitiative ist nicht nur extrem und gefährlich, sondern auch überflüssig! So hat das Parlament in der Herbstsession 2021 ein Tabakproduktegesetz mit neuen Werbe-, Verkaufsförderungsund Sponsoringvorschriften beschlossen.

Mit dem Gesetz wird der Jugendschutz bei Tabakprodukten gesetzlich verankert. Im Gegensatz zur extremen Volksinitiative ist das neue Tabakproduktegesetz verhältnismässig:

So wird Tabakwerbung in der Presse und im Internet nicht per se untersagt. Vielmehr beinhaltet das revidierte Tabakproduktegesetz ein Werbeverbot für jene Zeitungen, Zeitschriften und Internetseiten, «die für Minderjährige bestimmt sind». Es verbietet Plakatwerbung von Tabakprodukten und E-Zigaretten sowie Werbung in Kinos, in öffentlichen Verkehrsmitteln, Gebäuden und auf Sportplätzen. Auch verboten wird das Sponsoring für Veranstaltungen in der Schweiz, wenn diese internationalen Charakter haben oder auf ein minderjähriges Publikum abzielen.

Achtung: Die Initiative ist überflüssig – Der Gegenvorschlag ist besser!!!

Es ist richtig, Kinder und Jugendliche zu schützen. Und es ist wichtig, sie vor den Gefahren des Tabakkonsums zu warnen. Aber dafür taugt diese Initiative nicht. Sie ist völlig unverhältnismässig und extrem. Sie verankert faktisch ein totales Werbeverbot für legale Produkte in der Bundesverfassung. Mit dem neuen Tabakproduktegesetz hat das Parlament verfassung. Mit dem neuen Tabakproduktegesetz Er schützt Kinder einen guten indirekten Gegenvorschlag vorgelegt: Er schützt Kinder und Jugendliche vor dem Rauchen, ohne die Wirtschaftsfreiheit über Bord zu werfen.

Sagen Sie NEIN zu Bevormundung und Verboten:

- X Nein zu extremen und unverhältnismässigen Werbeverboten
- Nein zu weiteren Werbeverboten wie für Cervelats oder Süsswaren
- X Nein zu gefährlichen Werbeverboten für KMU, Kultur und Medien
- X Nein zu Werbeverboten, die unser aller Leben verteuern
- X Nein zur überflüssigen Verbots-Initiative

Die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)» ist eine totale Werbe-Verbotsinitiative!

Deshalb sagt eine breite Allianz aus Bundesrat, der Mehrheit des Ständerates, der Mehrheit des Nationalrates, eine Vielzahl von Parteien – FDP.Die Liberalen, die Bundeshausfraktion der SVP, die Bundeshausfraktion Die Mitte, die Jungfreisinnigen und die Junge SVP – sowie Verbänden NEIN zur Volksinitiative!









































Mehr Infos auf www.werbeverbote-nein.ch



Überparteiliches Komitee Werbe-Verbote NEIN, Postfach, 8021 Zürich

Heute Tabak!

Morgen Cervelat?



www.werbeverbote-nein.ch

Worum geht es am 13. Februar?

Die Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» will «jede Art von Werbung für Tabakprodukte verbieten, die Kinder und Jugendliche erreichen» kann.



Dabei ist Werbung an Kinder und Jugendliche in der Schweiz bereits seit 1995 verboten. Unter das rigide Verbot, welches die Initiative fordert, fällt vielmehr auch Werbung, die Erwachsene anspricht. Sie wird untersagt, sobald die geringste Möglichkeit besteht, dass diese von Minderjährigen wahrgenommen werden könnte.

Da es kaum Orte gibt, in denen sich Jugendliche nicht aufhalten, und kaum Medien, welche nicht auch von Jugendlichen eingesehen werden könnten, führt die Initiative in der Praxis zu einem vollständigen Werbeverbot.

Deshalb ist die Volksinitiative in Tat und Wahrheit eine Werbe-Verbotsinitiative!

5 gute Gründe für ein NEIN!

Nein zu extremen und unverhältnismässigen Werbeverboten

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative «zum Schutz vor Tabakwerbung» entschieden ab. Sie geht zu weit. Jugendschutz ist wichtig, aber die sig und extrem. Die Initiative kommt einem Totalverbot von Tabakwerbung gleich. Sie betrifft damit auch jeden Erwachsenen. Jeder erwachsene Bürger ist aber selbst für seine Gesundheit verantwortlich.

Nein zu weiteren Werbeverboten wie für Cervelats oder Süsswaren

Unsere Markwirtschaft ist auf Werbung angewiesen. Es gehört zur fundamentalen Wirtschafts- und Gewerbefreiheit, dass legale Produkte beworben werden Initiative ist völlig unverhältnismäs- dürfen. Erwachsene sollen eigenverantwortlich entscheiden, was sie konsumieren wollen und was nicht. Extreme Werbeverbote für Tabakprodukte bevormunden.

> Und sie sind nur der erste Schritt: Kommt ein Totalverbot beim Tabak, drohen weitere Werbeverbote bei Fleischwaren wie Würsten, Alkohol, Süssigkeiten, fetthaltigen Lebensmitteln oder Autos.

3. Nein zu gefährlichen Werbeverboten für KMU. **Kultur und Medien**

Extreme Werbeverbote richten grossen wirtschaftlichen Schaden an. Betroffen sind viele KMU, Kulturveranstaltungen und auch die Medien. Einige Unternehmen mit wertvollen Arbeitsplätzen sind gar in ihrer Existenz gefährdet.

Ein wichtiger Grundsatz wird über den Haufen geworfen: Zur Wirtschafts- und Gewerbefreiheit gehört, dass für legale Produkte geworben werden darf. Werbeverbote verhindern Innovation. Sie verbieten es den Herstellern, über neue. bessere und potenziell weniger schädliche Produkte zu sprechen. Das ist absurd und schadet letztlich den Konsumentinnen und Konsumenten

4. Nein zu Werbeverboten, die unser aller Leben verteuern

Bei extremen Werbeverboten werden letztlich Konsumentinnen und Konsumenten zur Kasse gebeten. Denn Werbung finanziert wichtige Güter und Dienstleistungen mit. Ohne Werbung werden Zeitungen und Zeitschriften sowie kulturelle Veranstaltungen teurer. Die Zeche zahlen wir alle. Viele werden sich den Besuch eines Open Airs oder einer Kulturveranstaltung nicht mehr leisten können. Auch Zeitungen wären nicht länger für alle erschwinglich.



Ida Glanzmann-Hunkeler Nationalrätin. Die Mitte

Ich lehne die Volksinitiative für Werbe-Verbote ab, denn sie ist überflüssig. Bundesrat und Parlament haben mit dem neuen Tabakproduktegesetz einen griffigen Gegenvorschlag ausgearbeitet, welcher den Jugendschutz stark gewichtet.



Mike Egger Nationalrat, SVP

Mit dem neuen Tabakproduktegesetz hat das Parlament einen guten Kompromiss gefunden, welcher einen wirksamen Schutz sicherstellt. Radikale Werbe-Verbote braucht es nicht, denn sie schaden der Wirtschaft. Deshalb Nein zur Werbe-Verbotsinitiative.



Rocco Cattaneo Nationalrat, FDP.Die Liberalen

Extreme Werbe-Verbote sind nicht zielführend. Es ist viel besser, die Gesundheit von Jungendlichen und Kindern direkt im Rahmen der Bildung und durch sportliche Aktivitäten zu unterstützen.



Diana Gutiahr Nationalrätin, SVP

C Das neue Tabakproduktegesetz schützt Jugendliche ohne die Wirtschaft und das Gewerbe abzuwürgen. Für mich ist klar: Ich bin deshalb für das neue Tabakproduktegesetz und gegen die schädliche Werbe-Verbotsinitiative.



Damien Cottier Nationalrat, FDP.Die Liberalen

Die Initiative will die Jugend schützen. Sie führt zu einem generellen Verbot von Tabakwerbung. Das geht viel zu weit! Das neue Tabakproduktegesetz ist viel besser. Deshalb sage ich Nein zu dieser Initiative.



Philipp Kutter Nationalrat, Die Mitte

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist wichtig. Das neue Tabakproduktegesetz ist deshalb sehr streng. Die Initiative hingegen bringt faktisch ein Werbe-Verbot und schiesst damit klar über das Ziel hinaus. Ich sage deshalb Nein.



Philippe Nantermod Nationalrat, FDP.Die Liberalen

Es geht nicht darum, ob man für oder gegen das Rauchen ist. Es ist klar: Rauchen ist gefährlich - aber in der Schweiz erlaubt. Und wenn ein Produkt erlaubt ist, ist es scheinheilig die Werbung dafür zu verbieten. Deshalb bin ich gegen die Initiative.



Philipp Matthias Bregy Nationalrat. Die Mitte

C Umfassende Werbe-Verbote schaden Wirtschaft, Gewerbe und Kultur. National- und Ständerat haben ein Tabakproduktegesetz erarbeitet, das strenge Werbe-Richtlinien enthält und insbesondere junge Menschen schützt. Verbote lehne ich jedoch ab und damit auch die Initiative.



Thomas de Courten Nationalrat, SVP

Mit missionarischen Werbe-Verboten droht eine totale Bevormundung. Die Initianten wollen selbst Erwachsene erziehen. Das geht eindeutig zu weit. Darum lehne ich die extreme Werbe-Verbotsinitiative ab und sage klar Nein.